

ANHANG:

Zeitungsartikel, Dokumente und Skizzen

KLEINE ZEITUNG SONNTAG 19. OKTOBER 1997

Ungarns Armee hätte einmarschieren müssen

Militärische Stoßrichtung lag auf der Route Graz-Klagenfurt. Österreichs Neutralität hatte für den Ernstfall keine große Bedeutung.

Die ungarische Armee hätte im Kriegsfall durch die Steiermark und Kärnten Richtung Oberitalien vorstoßen sollen. Das war auch in Österreich bekannt, und die Planungen des Bundesheeres richteten sich danach. Aber seit dem Zusammenbruch des Kommunismus können nun handelnde Militärs aus Ungarn darüber reden. Generaloberst Kalman Lörincz aus Budapest war früher höherer Panzertruppenkommandant und für den Angriff auf unser Land ausgebildet worden. Steiermark und Kärnten waren neben dem Donautal die beiden wichtigsten Angriffsrichtungen. Die Zentralalpen sollten zu Beginn nicht besetzt werden, berichtete er auf einer Tagung des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgenforschung (Stefan Karner).

Die österreichische Neutralität wurde als politische Frage behandelt. Im Warschauer Pakt galt, daß jede Duldung einer Verletzung der Neutralität durch Österreich die Neutralität aufgehoben hätte.

Der frühere deutsche Staatssekretär Lothar Rühl hielt sich dazu bedeckt und sagte: "Was die NATO bei einem Einmarsch des Warschauer Pakts in Österreich getan hätte, läßt sich nicht sagen." Aufgrund der geographischen Lage Österreichs darf man annehmen, daß unsere Neutralität angesichts der massiven militärischen Interessen beider Pakte nicht beachtet worden wäre. Sicher scheint, was Lörincz dazu sagte: "Dieser Fall wäre für Österreich und Ungarn fürchterlich gewesen."

Atomwaffen. Rühl sagte, daß die NATO davon ausging, daß der Warschauer Pakt aufgrund seiner konventionellen Überlegenheit bis zum Atlantik hätte vorstoßen können. Die nachhaltige konventionelle Verteidigung hätte daher erst in den französischen Alpen begonnen. Für den Gegenangriff wären Atomwaffen notwendig gewesen.

Die ungarischen Soldaten dieser Zeit hätten Österreich nicht als Feindesland betrachtet, aber sie hätten im Ernstfall ihre Pflichten im Rahmen des Warschauer Paktes erfüllt, skizzierte Oberstleutnant Istvan Balló, ein Militärhistoriker aus Budapest, die vergangene Lage. Die

Kampfoperation "Oberitalien" hatte zwei taktische Richtungen: einmal Graz-Klagenfurt-Genua sowie die Sicherung der Bergpässe der Tauern von Klagenfurt aus. Die ungarische Armee hätte dafür vier bis fünf Tage Zeit gehabt. Für diese Operation seien keine Atomwaffen eingeplant gewesen.

Atomwaffen waren aber für den Fall vorgesehen, daß die NATO nach Österreich eingedrungen wäre. Welche Ziele geplant waren, konnte Balló nicht sagen. Diese Unterlagen seien noch geheim.

Dieter Kläy

Die Schweiz im Spannungsfeld des Kalten Krieges

Neue Forschungsergebnisse über die Bedrohung der Schweiz im Kalten Krieg waren Gegenstand der militärwissenschaftlichen Tagung der Gesellschaft für Militärgeschichtliche Studienreisen (GMS). Lothar Rühl, ehemaliger Staatssekretär des Verteidigungsministeriums in Bonn, und Brigadier Fritz Stöckli, Professor an der Universität Neuenburg, bewerteten die Bedrohung der Schweiz durch den Warschauer Pakt. Der ehemalige Stabschef operative Schulung, Divisionär Gustav Däniker, antwortete mit einer Beurteilung der Schweizer Reaktion, und Hans-Rudolf Fuhrer, Militärgeschichtler, gab einen Überblick über die Forschungen in den Archiven der ehemaligen DDR.

Sicherheitslage der Schweiz während des Ost-West-Konfliktes

Rühl attestiert der Schweiz, als verlässlicher Partner die NATO stets in allen wesentlichen Fragen unterstützt zu haben. Die Land- und Luftstreitkräfte des Warschauer Paktes (WAPA) waren auf eine rasche Grossoffensive zur Eroberung Westeuropas ausgerichtet. Der vorgesehene Kräfteansatz konnte mit rund 60 Divisionen der Sowjetarmee plus Luftwaffenverbände inklusive der strategischen Kräfte für Europa und bis zu 1200 operativtaktischen Nuklearraketen veranschlagt werden. Erhebliche C-Waffen-Bestände kamen hinzu.

Dazu waren die polnische und die tschechoslowakische Armee sowie die Nationale Volksarmee (NVA) der DDR zu zählen.

Soweit heute etwa 80 Prozent der verfügbaren Dokumentenbestände ausgewertet sind, war die Schweiz von eventuellen NVA-Operationen nicht direkt betroffen. Neben fünf Hauptangriffsrichtungen entlang der innerdeutschen Grenze nach Westen ist auf NVA-Karten mit russischen Bezeichnungen eine sechste Angriffsrichtung entdeckt worden, die über Österreich und den schweizerischen Grenzraum zwischen Bodensee und Basel führte. Die Kernfrage eines Einsatzes nuklearer und chemischer Waffen durch den WAPA bleibt unbeantwortet. Doch weisen Übungsanlagen, die für die Nordwestoffensive dokumentiert sind, auf die Planung von Ersteinsätzen von Nuklearwaffen zum Erreichen operativer Zwischenziele in Deutschland und Dänemark hin.

An den Absichten des zerfallenen WAPA konnte gemäss Stöckli kein Zweifel bestehen. Wie früher westliche Experten korrekt ausarbeiteten, betrug das Verhältnis der konventionellen Kräfte in Europa zirka 2,5:1 (90 zu 35 Divisionen) zum Vorteil des WAPA. Dieses Kräfteverhältnis genügte, um erfolgreich eine Offensive in Europa auszulösen. Obwohl die Schweiz nur auf einem kleinen Teil der WAPA-Dokumente erscheint, war sie als Durchgangskorridor vorgesehen, um die Verteidigung der NATO zu umgehen. In den Kursen der Militärakademie des sowjetischen Generalstabes wurde die Schweiz als strategisches Ziel erwähnt.

Reaktion der Schweiz auf militärische Bedrohung

Die These Dänikers besteht darin, dass die Schweiz durchaus Chancen gehabt hätte, vom Krieg verschont zu werden oder das Land alles in allem erfolgreich zu verteidigen. Letztere Hoffnung stützte sich unter anderem auf die Überlegung, dass die Schweiz schon von ihrer geographischen Lage und ihrer tektonischen Beschaffenheit nie zum Hauptkriegsschauplatz

geworden wäre und immer nur einen beschränkten Teil feindlicher Streitkräfte hätte abwehren müssen. Vor 30 Jahren formulierte Generalstabschef Korpskommandant Paul Gygli sinngemäss folgende Aussagen:

- Die Schweiz sollte nicht oder möglichst spät in einen Krieg eintreten.
- Durch Massnahmen der totalen Landesverteidigung (später «Gesamtverteidigung») soll der «Eintrittspreis» erhöht werden.
- Es muss vermieden werden, dass unser Land in einem Krieg zwischen Koalitionen auf die «falsche Seite» gedrängt wird.
- Während des Krieges muss die Strategie dafür besorgt sein, dass ein möglichst großer Teil der Nation intakt bleibt und unsere Verhandlungsposition nach dem Krieg möglichst stark ist.

Die Hauptbedrohungen aus Schweizer Sicht lagen konventionell im Luftkrieg, in Tangentialstössen und in einem Durchmarsch. Das Wissen war vorhanden, um mögliche Angriffsszenarien zu simulieren und eine der Schweiz und ihren militärischen Kräften entsprechende Doktrin, diejenige der Abwehr, zu organisieren und in Übungen einzustudieren.

Die Schweiz im Bild des DDR-Nachrichtendienstes

Führer, der verschiedene Archive in Berlin und Freiburg im Breisgau konsultiert und mehrere Gespräche mit ehemals involvierten Persönlichkeiten geführt hat, unterteilt allgemein die Spionagetätigkeit in der Schweiz in drei Phasen. Zwischen 1948 und 1979 wurden über 200 Fälle registriert, wobei etwa die Hälfte davon von ost-europäischen Geheimdiensten war.

Diese hohe Zahl widerspiegelt die Auseinandersetzung der Geheimdienste im Kalten Krieg. Zwischen 1980 und 1989 nahmen sowohl die westlichen als auch die östlichen Fälle von Spionage ab. Signifikant ist die Abnahme des militärischen Nachrichtendienstes auf gerade noch vier Fälle. Seit 1990 sank die Zahl der aufgedeckten Fälle nochmals. Der militärische Nachrichtendienst ist völlig verschwunden. Von den total über 300 Fällen sind zwei Drittel zugunsten des Ostblocks ausgeführt worden. Nur in 6 Prozent sind militärische Geheimnisse ausgekundschaftet worden.

In den Hauptlinien sind folgende typische Fälle aufgedeckt worden:

- Spionagefahrten mit Lastwagen oder Verkehrsflugzeugen durch die Schweiz mit dem Ziel, direkte visuelle Aufklärung zu betreiben und Abklärungen betreffend Routenbefahrbarkeit und Funkausbreitungsbedingungen zu machen.
- Offene und getarnte Nachrichtenbeschaffung durch Sammeln von Plänen und anderen Darstellungen sowie Unterlagen aller Art. Vielmals erfolgte dies durch vordergründig harmlose Anfragen von Bibliotheken, Privatpersonen oder Lehranstalten.
- Schweizerische IM (informelle Mitarbeiter), die vor allem dem Ministerium für Staatssicherheit dienen, indem sie allerlei Daten, auch Nebensächlichkeiten, auskundschafteten. Oft ging es um die Vorbereitung einzuschleusender Agenten, Spezialaufträge und die Ausnutzung des neutralen Territoriums.
- Wirtschaftlicher Nachrichtendienst und Umgehung der Embargos.

Die bisherigen Erkenntnisse aus DDR-Akten lassen den Schluss zu, dass illegale Tätigkeit der DDR vor allem gegen die NATO erfolgte, kaum aber direkt gegen die Schweiz. Aufklärung wurde in der Angriffsrichtung gegen die BRD, Belgien, die Niederlande und Frankreich betrieben. Allerdings wurde befohlen, die militärpolitische Zusammenarbeit Österreichs und der

Schweiz sowie deren Haltung zu den wichtigsten internationalen Problemen besonders zu studieren. Aus einer Beurteilung der Schweizer Armee durch den militärischen Nachrichtendienst des «Ministeriums für nationale Verteidigung» aus dem Jahre 1973 ist folgendes zu entnehmen:

Die Schweiz besitzt für ihre Größe sehr starke und zugleich relativ modern, ausgerüstete Streitkräfte - mit Ausnahme eines Teils der Luftstreitkräfte - und eine gut organisierte Zivilverteidigung...

Im Falle eines militärischen Konflikts zwischen der NATO und den Staaten des Warschauer Paktes ist zu erwarten, dass die Schweiz ihre Neutralität in Anlehnung an die NATO wahrt, sich aber mit allen Kräften und Mitteln verteidigt, wenn sie angegriffen wird.

(Quelle: Ministerium für nationale Verteidigung, Verwaltung Aufklärung, August 1973, «Information über die Streitkräfte und den operativen Ausbau des Territoriums der Schweiz»)

Bedrohung war vorhanden

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Schweiz von einem von langer Hand vorbereiteten Ansturm aus dem Osten nicht verschont gewesen wäre. Sie war allerdings nicht strategisches Ziel und auch nicht Zielland intensiver militärischer Spionage. Trotzdem wurde sie als westlicher Staat betrachtet und als Drehscheibe für Aktionen gegen die NATO verwendet.

Dieter Kläy, Dr. phil. I, lic. rer. publ. HSG, Leiter Public Affairs, Sulzer Management AG, Winterthur, Hptm, Nachrichtenoffizier im Stab Art Rgt 7, Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Militärgeschichtliche Studienreisen (GMS).

KURIER Montag, 17. August 1998 Seite 3

So entging Österreich dem Krieg

CSSR-Krise 68: "Prager Frühling" überrollt, neue Angriffsziele / Das fand der KURIER in Geheimberichten

Bisher geheime Dokumente und Berichte beweisen: Als vor 30 Jahren Panzer des Warschauer Paktes den "Prager Frühling" niederwalzten, ging es auch um neue strategische Positionen in einem Krieg der Zukunft. Österreichs Osten war in diesem Plan einkalkuliert. Eher Zufälle denn ein Krisenmanagement bewahrten uns vor einem Drama.

Die österreichische Regierung kannte das Ausmaß der Bedrohung, aber sie reagierte alpenländisch und entschwand in den Urlaub. Das Bundesheer wurde mitten im Aufmarsch gestoppt und in kampfunfähigen Zustand versetzt.

Exakt funktionierte nur die Informationssperre. Hätten die Österreicher damals erfahren, was die Regierung wußte, wäre eine Massenflucht westwärts kaum zu verhindern gewesen. In dieser Serie lesen Sie, was wir damals nicht wissen durften.

Kreml hatte zwei Ziele

Die Okkupation der Tschechoslowakei durch Warschauer-Pakt-Truppen am 21. August 1968 hatte zwei Ziele. Vordergründig ging es um die Niederschlagung der Prager Reformbewegung, bekannt als "Prager Frühling". Dahinter stand aber - wie man den inzwischen zugänglichen Geheimdienstberichten entnehmen kann - ein wesentlich größeres strategisches Ziel im kalten

Krieg: In Mitteleuropa nördlich des Alpenhauptkammes sollte ein konventioneller Krieg machbar werden.

Die Sowjets hatten nämlich auf die falsche Karte gesetzt: Nach Gründung des Warschauer Pakts am 14. Mai 1955 stürzten sich die Kreml-Herren fast ausschließlich auf ihr Atom-Arsenal. Ein Motiv dafür war das Mißtrauen im Zentralkomitee der KPdSU gegen die Pakt-Partner und die eigene Armee. Die Atomwaffen standen unter direkter Kontrolle der Partei.

Damit konnte man nicht nur gegen den Westen Krieg führen, sondern auch die eigene Armee unter Kontrolle halten.

Durch die Verbesserung der Raketentechnik war diese Strategie schließlich nicht mehr zu halten. Immerhin umkreiste bereits eine Apollo-Kapsel den Mond. Damit waren auch die Moskauer Zentralen in der Reichweite von US-Raketen. Erkenntnis im Kreml: Der Atomkrieg war nicht mehr zu gewinnen. Das neue, alte Konzept galt: der konventionelle Krieg.

Das erforderte die Stationierung einer hohen Anzahl Truppen in den "Vorfeldstaaten" zur NATO. Dem standen die Tschechoslowakei nicht nur mit ihren Reformen und offenen Grenzen im Weg, sie hatten bereits bei der Pakt-Gründung die Stationierung sowjetischer Truppen verweigert. Diese Lücke im neuen Aufmarschplan an der Grenze zu Bayern sollte geschlossen werden.

Alles schien friedlich

Spektakulär zu Jahresbeginn 1968 war in Österreich nur eine Regierungsumbildung durch Bundeskanzler Josef Klaus (VP). Im übrigen freuten sich die Wiener nach einem Gemeinderatsbeschuß auf den Bau der U-Bahn, und Österreich diskutierte heftig, ob die Disqualifikation von Karl Schranz bei den Winterspielen in Grenoble gerechtfertigt war.

Im Mai unterzeichnete Bundespräsident Franz Jonas in Moskau ein Abkommen über wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit. Er konnte nicht ahnen, daß zu diesem Zeitpunkt seine sowjetischen Gastgeber die größte Militäroperation der Nachkriegsgeschichte vorbereiteten.

Auch die NATO war arglos. Die USA verhandelten mit der UdSSR in den SALT-Gesprächen über die Reduzierung der atomaren Arsenale.

Dramatische Bilanz

Am 21. August 1968 war plötzlich alles anders. Mit 460.000 Soldaten aus fünf Warschauer-Pakt-Staaten wurde dem "Prager Frühling" ein blutiges Ende bereitet, aber die viel weitergehenden strategischen Ziele des Überfalls zeichneten sich bereits beim Aufmarsch ab. Die Anzahl der eingesetzten Truppen war weitaus höher, als für den Einmarsch in der CSSR nötig gewesen wäre.

Die Truppen unterteilten sich laut einer NATO-Analyse, die dem KURIER vorliegt, in Interventionstruppen für die CSSR und Sicherungstruppen gegen die NATO. Zur Verschleierung des Aufmarschs diente die offiziell angekündigte Logistik- und Versorgungsübung "Memel/Njemen" vom 23. Juli bis 10. August und zwei ebenfalls angekündigte Luftverteidigungsübungen in der Ostsee und der UdSSR.

Ab dem 17. August war die volle Gefechtsbereitschaft der Truppen hergestellt. Auffallend war, daß auch die Seestreitkräfte in der Ostsee alarmiert waren.

Bilanz einer Geheimdienst-Analyse vom 1. Jänner 1969:

- Verstärkung der Sowjet-Kräfte in der West-CSSR um sechs Divisionen.
- Kräfteverschiebungen in Polen nach Westen mit einer Verstärkung durch zwei bis fünf sowjetische Divisionen.
- Verstärkung in Ungarn um drei Sowjet-Divisionen.
- Nach der Wiedereinbindung der Tschechoslowakischen Volksarmee (CVA) in den Pakt konnten die Sowjets zwar Truppen aus der CSSR abziehen, doch sechs Sowjet-Divisionen verblieben als "Zentrale Gruppe der Truppen" in der CSSR. Sie bildeten bis zum Zusammenbruch des Warschauer Paktes 1989 die gefährlichste Bedrohung für das Donautal und Bayern.

Angriff ohne Vorwarnung

Plötzlich war die NATO mit einer bedrohlichen Streitmacht in Grenznähe konfrontiert. Vorher hatte die NATO mit einer militärischen Vorwarnzeit von sechs Tagen gerechnet, ab sofort konnte der Warschauer Pakt innerhalb von 48 Stunden "aus dem Sand" angreifen. Auf dem Rücken von 14 Millionen Tschechen und Slowaken war somit ein konventioneller Krieg in Mitteleuropa für die Sowjets machbar geworden. Hätte damals die CVA Widerstand geleistet, wäre zumindest für Wald-, Wein- und Mühlviertel ein Krieg Realität gewesen. Die Vorbereitungen für eine Okkupation Österreichs nördlich der Donau waren schon lang abgeschlossen.

SALT

Gespräche zur Reduzierung der strategischen Waffen ("Strategic Arms Limitation Talks") zwischen den USA und der UdSSR. SALT I wurde am 22. Mai 1975 in Moskau von Richard Nixon und Leonid Breschnjew unterzeichnet. Der Inhalt: Modernisierung der vorhandenen Systeme, aber keine zusätzlichen Abschußrampen für land- und seegestützte Interkontinentalraketen.

Bei den SALT II-Gesprächen am 18. Juni 1979 in Wien vereinbarten Jimmy Carter und Breschnjew die Begrenzung der strategischen Arsenale auf jeweils 2250 Trägersysteme, davon 1200 Fernraketen mit Mehrfachsprengköpfen.

PRAGER FRÜHLING

Es war der Versuch, dem Sozialismus ein menschliches Antlitz zu geben. Der "Prager Frühling" begann im Herbst 1967 mit rebellierenden Schriftstellern und Studenten in Prag.

Antonin Novotny mußte am 5. Jänner 1968 als Parteichef den Hut nehmen, blieb aber Staatspräsident.

Nachfolger wurde der reformwillige slowakische Parteichef Alexander Dubcek, und am 30. Jänner forderte ZK-Mitglied Vaclav Slavik sogar "breiteste Demokratisierung". Am 23. März kam es zur Krisensitzung der Warschauer-Pakt-Staaten in Dresden. Als Scharfmacher tat sich der DDR-Staatsratvorsitzende Walter Ulbricht hervor.

Am 30. März wählte man Ludvik Svoboda zum Staatspräsidenten. Am 27. Juni veröffentlichte Ludvik Vazulik sein aufsehenerregendes "Manifest der 2000 Worte" mit der Forderung nach einer schnellen Demokratisierung.

Bei einem Gipfel des Warschauer Paktes am 14. und 15. Juli wurde Dubcek aufgefordert, die "Konterrevolution" zu beenden.

Trotz scheinbarer Entspannung bei Gesprächen in Cierna und Preßburg vom 29. Juli bis 3. August waren die Würfel gefallen.

Dubcek und weitere Reformer wurden am 21. August von den Sowjettruppen verhaftet. Tags darauf verurteilte die KP der CSSR dem Einmarsch und rief zum Generalstreik auf.

Am 26. August verpflichteten sich Prager Spitzenpolitiker im "Moskauer Protokoll" zur Rücknahme der Reformen. Dubcek blieb bis 17. April 1969 im Amt. Tragischer Endpunkt war die Selbstverbrennung des Studenten Jan Palach am 16. Jänner 1969.

DIVISION

Eine Motorisierte Schützendivision (Mot-Schützendivision) hat eine Gesamtstärke von 13.000 Mann und rund 1000 Kampffahrzeuge.

Wenn eine Mot-Schützendivision in gefechtmäßigen Abständen antritt, ergibt dies eine Kolonne mit einer Länge von etwa 120 Kilometern. Das entspricht der Westautobahn-Strecke von Wien nach Amstetten.

Zu den Panzergrenadierverbänden kommen ein selbständiges Kampfpanzerbataillon, sowie Artillerie-, Raketenartillerie-, Fliegerabwehr-, Panzerabwehr-, Panzeraufklärung-, Pionier-, Fernmelde- und Nachschubeinheiten, sowie eine eigene Kampfhubschrauberstaffel.

KURIER Montag, 24. August 1998 Seite 3

Die NATO hätte uns nicht geholfen

Nur belanglose Antworten vom Pentagon auf Waldheims Anfrage um eventuelle Hilfestellung / Neutralität wäre ohne Bedeutung gewesen. Es ist nur dem Stillhalten der Tschechoslowakischen Volksarmee (VCA) zu verdanken, dass während der Okkupation der CSSR durch Truppen des Warschauer Pakts im August 1968 Wein-, Wald- und Mühlviertel von sowjetischen Panzerketten verschont blieben. Obwohl es viele bis heute nicht glauben wollen, war es bereits in den ersten Tagen der Okkupation Gewißheit für die Regierung in Wien: Die NATO hätte uns nicht geholfen.

Vergeblicher Hilferuf

Bereits in den ersten, dramatischen Tagen des Überfalls auf die CSSR erinnerte man sich im Krisenstab im Wiener Innenministerium an die Niederschlagung des Ungarnaufstandes 1956. Auch damals waren die Österreicher nicht sicher, ob die Sowjet-Armee nicht bis an die alte Frontlinie an der Enns vormarschieren würde, glücklicherweise gaben aber die USA, Großbritannien und Frankreich eine sehr konkret formulierte Sicherheitsgarantie für Österreich ab.

Natürlich wurde der damalige Außenminister Kurt Waldheim auch während der CSSR-Okkupation unverzüglich bei den USA um ähnliche Garantien vorstellig, aber diesmal war die Enttäuschung groß:

Vom US-Pentagon waren nur nichtssagende Formulierungen zu bekommen.

Die NATO hat die monatelangen Vorbereitungen des Warschauer Paktes für einen Überfall schlichtweg verschlafen. Immerhin hatten die Sowjets Abrüstungsgespräche (SALT) angeboten.

"Beruhigungsspiel" nennt der österreichische Militärgeschichtler Manfred Rauchensteiner in einer noch heute geheimgehaltenen Studie die Situation.

Während der Nachrichtendienst des Bundesheeres schon monatelang auf die dramatische Zuspitzung der Lage hinwies und von einer bevorstehenden Okkupation überzeugt war, hielten die NATO-Generäle die sowjetischen Truppenverschiebungen und Militärmanöver in der DDR, Polen und Ungarn weiterhin für harmlos.

Das allein war aber nicht der Grund für den erkennbaren Unwillen des Westens, dem Neutralen zu helfen.

Die US-Streitkräfte waren damals, vier Jahre nach Beginn des Vietnamkrieges, in einem psychologisch sehr schlechten Zustand. Auch die in Deutschland stationierten Truppen. Ein österreichischer Militärbeobachter zum KURIER:

"Die trauten sich damals nur in Gruppen auf die Straße".

Besorgter US-Strategie

Eine weitere Begründung liefern die Journalisten Kurt Tozzer und Günther Kallinger in ihrem Buch "Marschmusik für Glockenspiele" (NP-Buchverlag). Sie veröffentlichen eine Information von General Erwin Fussenegger an Verteidigungsminister Georg Prader, in der Fussenegger über ein Treffen mit US-Unterstaatssekretär Whyte am 29. März 1968 berichtet. Whyte hielt damals, knapp fünf Monate vor der Okkupation, einen Angriff der Russen in Europa für möglich:

"Solange in Vietnam starke Kräfte gebunden sind, können sich die Russen, solange sie noch freie Luft gegenüber den Chinesen haben, zu Abenteuern entschließen."

Wyle beurteilte die Situation der amerikanischen Verteidigung in Europa sehr problematisch: "Die NATO hat ihr Geld - und sie gibt sehr viel Geld im Jahr aus - falsch verwendet. Statt das Landheer zu stärken, hat sie viel zu viel in die Marine hineingesteckt. Gegen wen will die deutsche, englische, holländische, norwegische oder dänische Marine Krieg führen?"

Für Politiker und Militärs war damals schon klar, daß bei einem Angriff aus dem Osten Österreichs Neutralität bedeutungslos wäre.

Österreich blieb allein

Auch eine Geheimdienstanalyse über die NATO-Streitkräfte zeigt klar, daß der Westen nicht gewillt und in der Lage war, wegen Wein-, Wald- und Mühlviertel im neutralen Österreich einen 3. Weltkrieg zu entfesseln. Dem KURIER liegt diese Analyse vor, die noch immer den Vermerk "GEHEIM" trägt:

NATO: Zu Beginn der CSSR-Krise war bei den insgesamt 26 Divisionen keine wesentliche Reaktion feststellbar. Die militärische Aktivität beschränkte sich auf • Verstärkte Aufklärungstätigkeit der 7. Armee im Grenzgebiet zur CSSR.

- Verlegung einer Staffel Phantom-Düsenjäger in die BRD (aus USA).
- Erhöhte Bereitschaft und Alarmübungen beim IV. Italienischem Korps (Bozen).
- Militärische Sicherungsmaßnahmen in der Türkei und Griechenland im Grenzgebiet zu Bulgarien.

Das war's. Für eine Befreiung Österreichs waren keine Truppen vorgesehen.

Folgen der CSSR-Krise: Neuer Plan für Verteidigung und "Regierungsbunker"

Altgediente Landesverteidiger denken heute noch mit Verbitterung an die dramatischen Tage der Okkupation der CSSR im August 1968. Das Bundesheer war bestens vorbereitet, und als am 20. August um 23 Uhr die Sowjet-Divisionen losschlugen, waren die Kampfverbände des Bundesheeres in kürzester Zeit abmarschbereit. Die Operationspläne wurden geöffnet.

Beeindruckend auch eine Tagesmeldung von der Kaserne Horn:

20 Reservisten waren ohne Aufforderung in voller Kampfmontur erschienen, um ihr Land zu verteidigen. Sie mußten zur Kenntnis nehmen, daß die politische Führung ihren Einsatz nicht wollte. Die im Morgengrauen marschierenden Brigaden wurden auf halber Weststrecke zur CSSR-Staatsgrenze per Weisung gestoppt.

Bruno Kreisky nahm das zum Anlaß für die Behauptung, das Bundesheer sei nicht einmal in der Lage gewesen, die Grenze zu schützen. Der Slogan "Sechs Monate sind genug" trug viel dazu bei, daß Kreisky im März 1970 die Nationalratswahlen gewinnen konnte.

6 Monate nicht genug

Es war ein guter Wahlkampfgegner, aber er war nicht korrekt. Tatsächlich wurde die Präsenzdienstzeit nicht verkürzt, sondern nur in eine Verpflichtung zu Waffenübungen im Abstand von jeweils zwei Jahren umgewandelt. Es war die Geburtsstunde einer großen Milizarmee, ihr Erfinder war der spätere Armeekommandant Emil Spannocchi.

Spannocchi war klar, daß eine kleine Feldarmee wie das Bundesheer gegen die neue Bedrohung aus dem Osten keinen Funken einer Chance hatte. Die Bedrohungssituation hatte sich durch die Okkupation der CSSR dramatisch verschärft.

Die NATO sah sich plötzlich mit 60.000 zusätzlichen, in Grenznähe stationierten und rasch zu mobilisierenden Warschauer-Pakt-Soldaten konfrontiert. Viele davon standen an Österreichs Grenze.

Tausende Nadelstiche

Spannocchi ging davon aus, daß Österreich in einem Konflikt zwischen NATO und Warschauer Pakt nur als Durchmarschland diene, wobei die gefährdeten Regionen im Alpenvorland, Inntal und südsteirischen Raum lagen. Spannocchi entwarf ein alternatives Konzept, das er in seinem Buch "Verteidigung ohne Schlacht" publizierte: Die Raumaufteilung.

Die große Schlacht im Marchfeld wäre nicht zu gewinnen, aber über Tausende "Nadelstiche" sollte dem Aggressor der beschwerliche Vormarsch durch das Donautal zu teuer werden.

Zu diesem Zweck wurde die Milizarmee aufgebaut, die einen Rahmen von 360.000 Mann erreichen sollte. Tatsächlich erreicht wurden bis zur Heeresreform im Jahr 1991 nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes lediglich 240.000 Mann.

Was Spannocchi von den Entscheidungsabläufen der Regierung im Jahr 1968 hielt, läßt sich aus seinem Buch verklausuliert herauslesen: "Wir sollten uns im klaren sein, daß neben einer vorbereiteten Armee auch noch eine politische Führungsstruktur Voraussetzung für eine erfolgreiche Taktik ist (...) Sie ist derart auszubauen, daß in unserem Land statt der Prädominanz absolutistischer Parteidiktaturen die Zusammenarbeit aller zum gemeinsamen Ziel durch Verwaltungs- und Führungshierarchien sichergestellt wird."

Regierungsbunker

Tatsächlich entstand nach den Erfahrungen der CSSR-Krise eine neue, zivile Führungsstruktur.

1968 stritten die Entscheidungsträger der Regierung in Wien über die Frage, ob man den Einsatzstab in die Bezirkshauptmannschaft Zell am See oder in eine Gendarmeriekaserne in Hall in Sicherheit bringen sollte.

Heute gibt es den "Regierungsbunker" im Salzburger Pongau. Streng geheim. Die einzige Beschreibung lieferte Hugo Portisch, der für Österreich II einen Blick in die "Unterwelt" warf.

Der Zugang ist getarnt, durch Panzertüren gesichert, der Zugangstollen ist einen Kilometer lang. Als Verkehrsmittel im Stollensystem rollen elektrische Kleinbusse. Es gibt Schlaf- und Wohnräume für Regierungsmitglieder und Beamte. Dazu ein kleines Spital mit Operationstisch und Behandlungseinrichtungen für Strahlenverseuchte.

Die Befehlszentrale ist ständig in Betrieb.

Überrascht berichtete Portisch, daß er im zivilen Teil eine größere Anzahl Beamte vorgefunden hat:

"Sie speichern und duplizieren die wichtigsten Datenbanken des öffentlichen Dienstes".

Neben dem zivilen Teil befindet sich dort auch das Herzstück des Systems "Goldhaube". Das ist der bekannte Deckname für das elektronische Luftraumüberwachungssystem des Bundesheeres, das ebenfalls als Konsequenz aus den Ereignissen des Jahres 1968 errichtet wurde.

Das Ende der Landwehr

Nach dem Ende des Kalten Krieges könnte man die Existenzberechtigung der atomisierenden Befehlszentrale in Frage stellen, aber spätestens nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl und der damit verbundenen großflächigen Verseuchung ist diese Frage vom Tisch. Ausgedient hat jedoch die Raumverteidigung des Emil Spannocchi. Als 1991 an der Grenze zu Slowenien wieder ein Bundesheereinsatz notwendig wurde, verzichtete man wie im August 1968 auf den Einsatz der ausgebildeten Landwehr. Es wurden Rekruten an die Grenze geschickt, von denen viele erst drei oder vier Wochen Ausbildung hinter sich hatten.

Die Entscheidung erwies sich politisch als richtig, hatte aber verheerende Folgen für die Motivation der Miliz. Kurz darauf hieß die Parole: 110.000 Mann sind genug.

Die Presse Donnerstag, 12. Juni 1997 Seite 6

Aufmarsch in Österreich

Der Warschauer Pakt hätte, wie aus Aufmarschplänen hervorgeht, die Neutralität Österreichs im Kriegsfall nicht respektiert.

WIEN (c. u.) Wäre der Kalte Krieg heiß geworden, hätte die Neutralität Österreich keinen Schutz geboten. "Österreich war während des Kalten Krieges von allen neutralen Ländern am meisten bedroht", sagte Georg Bautzmann, der vor seiner Pensionierung das Nachrichtenwesen der Deutschen Bundeswehr geleitet hatte, in einem Vortrag im Offizierskasino am Wiener Schwarzenbergplatz.

Moskau habe, so Bautzmann, seit jeher der NATO unterstellt, die österreichische Neutralität im Ernstfall zu mißachten. Österreich war daher umgekehrt auch ein fixer Bestandteil in den Aufmarschplänen des Warschauer Pakts. Es wäre gleich zu Beginn einer Aggression in kriegerische Auseinandersetzungen einbezogen worden.

Wie sahen nun die Aufmarschpläne des Warschauer Pakts für Österreich aus? Der ersten Option zufolge wären von der Tschechoslowakei aus Truppen über die "Linzer Pforte" in Richtung München gezogen. Ungarische Divisionen sollten entlang der Donau in Richtung Deutschland aufbrechen. Die sogenannte Masse-Karpatenfront sollte über Graz und Villach nach Norditalien geführt werden.

Der Warschauer Pakt sei, so Bautzmann, offensiv ausgerichtet gewesen. Dies sei auch aus Dokumenten der Nationalen Volksarmee der DDR hervorgegangen. Bis 1988 seien fast ausschließlich Angriffshandlungen geübt worden. Die NATO-Streitkräfte in Europa sollten, so Bautzmann, durch schnelle konventionelle Angriffe geschlagen und aus dem Bündnis herausgebrochen werden. Die Truppen der DDR seien durch eine hohe Gefechtsbereitschaft gekennzeichnet gewesen.

Die Notwendigkeit dazu habe man mit dem Angriffswillen der NATO begründet. Deren Truppenstärke sei geflissentlich überzeichnet worden. Fakten, die auf die defensive Ausrichtung der NATO hingewiesen, habe man hingegen konsequent unterschlagen.

Die Presse Dienstag, 7. Oktober 1997 Seite 4

"Die Neutralität galt im Warschauer Pakt als eine rein politische Frage"

Ein Symposium in Wien untersuchte die Rolle Österreichs und anderer neutraler Staaten in den Kriegsplanungen des Warschauer Paktes.

VON BURKHARD BISCHOF

WIEN. Hat Österreichs Neutralität während des Kalten Krieges das Land auf irgendeine Weise vor einer Aggression aus dem kommunistisch regierten Osten geschützt? Eine Frage, die rund sechs Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges noch immer nicht schlüssig zu beantworten ist. Und wie ein Symposium zum Thema "Österreich und die anderen Neutralen in den Kriegsplanungen des Warschauer Paktes" zeigte, das vom Militärwissenschaftlichen Büro des Landesverteidigungsministeriums und dem Ludwig-Boltzmann-Institut für Kriegsfolgenforschung am Montag in Wien veranstaltet wurde, wird die Frage auch noch lange nicht klar beantwortet werden können.

Der Grund dafür: Den Militärhistorikern fehlen die entscheidenden Dokumenten, die Aufschluß darüber geben könnten, wie der Warschauer Pakt im Ernstfall wirklich mit den neutralen Staaten in Mittel- und Nordeuropa umgegangen wäre. Die lagern in zwei Moskauer Archiven, und wie der Schweizer Militärhistoriker und Geheimdienstspezialist Rudolf Fuhrer meinte, sind die Chancen, daß sie zugänglich gemacht werden, derzeit "sehr gering".

So werten die Experten vor allem Dokumente aus, die aus den Archiven der Neuen Volksarmee (NVA) der DDR stammen, um die Kriegsplanungen des Warschauer Paktes zu analysieren. Und da findet sich, wie der Ex-Staatssekretär im Bonner Verteidigungsministerium, Lothar Rühl, berichtete, in bezug auf Österreich nur sehr wenig.

Eine mögliche Angriffsrichtung des Warschauer Paktes - die "bayerische Stoßrichtung" - wäre laut Rühl durch das nieder- und oberösterreichische Donautal Richtung Bayern gewesen; diesen Angriff hätten vor allem tschechoslowakische und sowjetische Truppen durchgeführt. Interessanterweise war laut Auskunft der Veranstalter von den Prager Militärexperten niemand bereit, auf dem Wiener Symposium darüber zu referieren.

Dafür waren zwei Spezialisten aus Budapest nach Wien gekommen, die über Ungarn im Rahmen des Warschauer Paktes referierten. Einer von ihnen, Generaloberst a. D. Kalman Lörincz, meinte wörtlich: "Die Neutralität hatte für uns keinerlei militärisch-technische Bedeutung; sie galt im Warschauer Pakt als rein politische Frage." Und: "Wenn die NATO die Neutralität Österreichs verletzt hätte und das Bundesheer dem aktiv Vorschub geleistet hätte, dann hätte es einen Schlag des Warschauer Paktes durch Österreich Richtung Süddeutschland und Richtung Norditalien gegeben."

Der Militärhistoriker István Balló, der über die geplanten Aufgaben für Ungarns Volksarmee im Rahmen eines Warschauer-Pakt-Angriffs in Richtung Donautal und Norditalien berichtete, sprach davon, daß bei diesen Operationen auch 50 bis 70 taktische Kernwaffen zur Verfügung gestanden wären. Generaloberst Lörincz erklärte dazu allerdings, daß er sich nicht daran erinnern könne, jemals Karten mit Zielpunkten für nukleare Waffen auf österreichischem Gebiet gesehen zu haben.

Univ.-Doz. Fuhrer von der ETH Zürich, der über die geheimdienstlichen Arbeiten des Warschauer Paktes gegen die Schweiz und Österreich referierte, zog aus seinen Forschungen die Erkenntnis, daß die beiden neutralen mitteleuropäischen Länder keine primären Angriffsziele des Warschauer Paktes waren, sehr wohl aber strategische Zielobjekte: um an Hightech-Produkte heranzukommen und um Agentennetze aufzubauen. Die Aufgabenstellungen an die DDR-Militäraufklärung in der Schweiz und in Österreich seien auch nahezu identisch gewesen.

APA-Meldung 06.Okt 97

**Österreich/NATO/Warschauer Pakt/Zeitgeschichte/Neutralität
NEUTRALE SCHWEIZ UND ÖSTERREICH ALS SPIONAGE-ZIELE IM KALTEN
KRIEG**

Utl.: Oberst Fuhrer: Wirtschaftsspionage wichtiger als Militärbereich

- Schweizer Armee übte 1987 Atomkriegsszenario in Europa = Wien (apa) –

Trotz ihrer Neutralität waren die Schweiz und Österreich im Kalten Krieg Ziele der Geheimdienste von Ost und West. Die Spionage hätte sich in der Schweiz aber auf wirtschaftliche Ziele und Technologieschmuggel konzentriert, erklärte der Schweizer Oberst Hans Rudolf Fuhrer am Montag bei einem Symposium in Wien. An Österreich habe der frühere DDR-Geheimdienst wesentlich mehr Interesse gehabt:

Etwa fünf bis sechs Mal so viele Akten über Österreich als über die Schweiz habe er bei seinen Recherchen in der Gaugg-Behörde in Berlin in den Archiven der ehemaligen DDR-Staatsicherheit gefunden. In Österreich sollten 1984 die DDR-Militärattaches herausfinden, ob das Land die Änderung des Staatsvertrags hinsichtlich des Verbots der Raketenbewaffnung anstrebe, teilte Fuhrer Ergebnisse seiner Forschungen mit. Der Experte sprach beim Symposium über "Österreich und die anderen Neutralen in den Kriegsplanungen des Warschauer Pakts während des "Kalten Krieges", das im Haus der Industrie vom Verteidigungsministerium

gemeinsam mit dem Ludwig-Boltzmann-Institut für Kriegsfolgenforschung veranstaltet wurde. Von 329 aufgedeckten Spionagefällen zwischen 1948 und 1996 seien zwar zwei Drittel zugunsten des ehemaligen Ostblocks ausgeführt worden, aber nur sechs Prozent betrafen militärische Geheimnisse. Doch auch westliche Geheimdienste hätten in der Schweiz im Kalten Krieg ihr Betätigungsfeld gefunden, schilderte Fuhrer: Besonders deutsche und französische Agenten seien in Spionageaffären verwickelt gewesen. Nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes hätten nur mehr außereuropäische Länder wie Indien, Algerien oder Südkorea - erfolglos - Spionageversuche bei den Eidgenossen unternommen. Zu den Geheimdienst-Methoden des früheren Warschauer Pakts zählt Fuhrer "sowjetische Lastwagen auf Spionagefahrten quer durch Europa", deren Chauffeure den Führerstand eines Panzers mit dem Lenkrad vertauscht hätten, "vom Kurs abgekommene Aeroflot-Maschinen" und die Nachrichtenbeschaffung durch "informelle Mitarbeiter". Für Technologieschmuggler, im Schweizer Jargon "Mega-Byte-Makler" genannt, habe Wien-Schwechat als beliebter Transitflughafen nach Ostberlin gedient. Weiters mußte die Schweiz laut Fuhrer auch als Drehscheibe für DDR-Devisenbeschaffung durch Waffenhandel erhalten. Die Bedrohungsszenarien für die Schweiz im Fall einer militärischen Ost-West-Konfrontation erläuterte Universitätsprofessor Fritz Stoeckli: Trotz ihrer rechtlichen Neutralität habe die Schweiz immer damit gerechnet, so wie Österreich in einen Konflikt hineingezogen zu werden. Beide Neutrale in Mitteleuropa wären "keine strategischen Ziele, aber operative Zwischenziele" gewesen. Aufgrund dieser Annahme hätten die Eidgenössischen Streitkräfte noch 1987 in einer Großübung einen Vorstoß des Warschauer Pakts über Österreich und den Ausbruch eines Atomkriegs in Europa simuliert. Auf die Bedeutung der Öffnung der ehemals sowjetischen Archive durch Rußland verwies der Leiter des Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgenforschung, Stefan Karner. Zur historischen und militärischen Erforschung des Kalten Krieges könnten auch die "Beutedokumente" dienen, die in Moskau nach dem Zweiten Weltkrieg gesammelt worden waren. Rußland habe seinem Institut Kopien der 30.000 bis 40.000 Akten, die Österreich betreffen zugesichert.

APA-Meldung 06.Okt 97 Österreich/NATO/Warschauer Pakt/
Zeitgeschichte

SZENARIEN DES KALTEN KRIEGES SAHEN ATOMSCHLÄGE GEGEN ÖSTERREICH VOR

Utl.: Symposium über Kriegsplanungen des Warschauer Pakts

- Sowjets hatten in Ungarn 50 bis 70 Atomwaffen "verfügbar" = Wien (apa) –

Bei einer Eskalation des "Kalten Krieges" zwischen NATO und Warschauer Pakt hätte Österreich trotz seiner Neutralität aufgrund seiner geostrategischen Lage zwischen den Blöcken für die Militärs eine wichtige Rolle gespielt. Die vom Warschauer Pakt ausgearbeiteten Szenarien gingen etwa von Invasion Österreichs durch die NATO aus, die die Warschauer-Pakt-Truppen dann – auf österreichischem Staatsgebiet - stoppen hätten müssen, erklärte der ungarische Generaloberst a.D. Kalman Lörincz am Montag in Wien. Wenn Österreich durch die Verletzung seiner Neutralität durch NATO-Truppen nicht mehr als neutrales Land angesehen worden wäre, wäre in den 70-er Jahren auch der Einsatz von sowjetischen Atomwaffen gegen NATO-Ziele auf österreichischem Gebiet nicht auszuschließen gewesen, erklärte Lörincz auf eine Frage der APA. Der frühere Kommandant der 5. ungarischen Armee, Lörincz, sprach bei einem eintägigen Symposium über "Österreich und die anderen Neutralen in den Kriegsplanungen des Warschauer

Pakts während des "Kalten Kriegs", das am Montag im Haus der Industrie in Wien vom Militärwissenschaftlichen Büro des Verteidigungsministeriums in Zusammenarbeit mit dem Ludwig-Boltzmann-Institut für Kriegsfolgenforschung veranstaltet wurde. Etwa 50 bis 70 Atomwaffen seien für die in Ungarn stationierten Sowjettruppen "lieferbar bzw. verfügbar" gewesen. Die ungarische Volksarmee habe aber weder Atomwaffen zur Verfügung gehabt, noch deren Einsatz in ihre Pläne einkalkuliert, so der ungarische Militärexperte. Ungarn habe Österreich immer als neutrales und nicht feindlich gesinntes Land betrachtet. Bei einer Neutralitätsverletzung durch NATO-Truppen wäre Österreich aber zu den feindlich gesinnten Ländern gezählt worden, erklärte Lörincz. Ein "Zusammenstoß" zwischen NATO- und Warschauer-Pakt-Truppen hätte sich entlang zweier Hauptstoßrichtungen im Donautal und Richtung Norditalien vollzogen, erläuterte der ungarische Militärhistoriker, Oberstleutnant Istvan Balló: Diese Linien hätten die ungarische Volksarmee - mit konventionellen Waffen - in einem Gegenstoß zu einer NATO-Offensive einnehmen sollen. Bei einer militärischen Konfrontation zwischen Ost und West wäre Österreich nicht im Hauptkriegsgebiet gelegen, versicherte der ungarische Militärhistoriker übereinstimmend mit dem früheren Staatssekretär im deutschen Verteidigungsministerium, Lothar Rühl. Die Hauptkampflinie wäre im Norden Europas auf der Linie Brüssel-Warschau verlaufen. Eine von vielen NATO-Annahmen sei aber von einem Angriff der Warschauer-Pakt-Staaten durch Österreich und die Schweiz ausgegangen. Wie die NATO darauf reagiert hätte, wäre von "den anderen Umständen" abhängig gewesen, ließ Rühl die westliche Haltung bei einer Neutralitätsverletzung durch den Osten offen. Trotz gegenteiliger Beteuerungen der Moskauer Führung sei der Westen immer von einer "offensiven sowjetischen Militärdoktrin" ausgegangen und habe nach dem Zusammenbruch des Warschauer Pakts dafür auch in der DDR "einige Beweise" gefunden, sagte Rühl. Auch auf die Planung eines Ersteinsatzes von taktischen Atomwaffen durch den Warschauer Pakt gegen NATO-Streitkräfte gebe es Hinweise. Darauf hätte die NATO mit dem Einsatz von Mittelstreckenwaffen gegen Ziele in der westlichen Sowjetunion geantwortet. Von den Auswirkungen eines Atomkrieges wäre auch Österreich nicht verschont geblieben, so der Deutsche. "Beide Seiten - Ost und West - haben viel Glück gehabt", schloß er.

Vertrauliche Verschlusssache!

A 098 870 13

MINISTERIUM FÜR NATIONALE VERTEIDIGUNG
Verwaltung Aufklärung
Sonderbericht

Nr. 26/69 vom 18.07.1969

**Die Ansichten im österreichischen Bundesministerium für
Landesverteidigung zu
Verteidigungsfragen Österreichs**

Der Inhalt dieses Sonderberichtes ist nur zur Information eines eng begrenzten Kreises leitender Kader bestimmt.

Die österreichische Regierung und speziell das Bundesministerium für Landesverteidigung befassen sich seit Ende 1968 in Auswertung ihrer während der Ereignisse in der CSSR eingeleiteten militärischen Maßnahmen verstärkt mit den Fragen der Landesverteidigung.

Diese Bemühungen haben das Ziel, die Effektivität der Organisation der Landesverteidigung zu steigern. Obwohl diese Tätigkeit gegenwärtig das Stadium der Erarbeitung und Behandlung von Studien noch nicht überschritten hat, besteht zur militärischen Bedrohung ein relativ einheitlicher Standpunkt.

Es wird eingeschätzt, daß auf Grund der militärgeographischen Lage Österreichs sowohl die NATO als auch die Staaten des Warschauer Vertrages eine Einbeziehung des österreichischen Territoriums in militärische Aktionen vorgesehen haben könnte.

Im einzelnen werden folgende Möglichkeiten in Betracht gezogen:

- Die Bundesländer Tirol und Vorarlberg als Durchzugsgebiet von NATO-Verbänden beispielsweise zur Sicherung der italienischen Nordostflanke.
- Oberösterreich als Umgehungsraum für Verbände der NATO oder der Staaten des Warschauer Vertrages.
- Der südliche und südostwärtige Raum mit den Bundesländern Kärnten, Steiermark und Burgenland als Umgehungsraum für ebenfalls beide Seiten von Ungarn nach Oberitalien oder Jugoslawien und umgekehrt.
- Für Niederösterreich besteht die Möglichkeit, in beide vorgenannten Umgehungsräume einbezogen zu werden.

Für diese Bundesländer bestehe in einem militärischen Konflikt unmittelbar und darüber hinaus für gesamt Österreich mittelbar die Gefahr, Schauplatz kriegerischer Handlungen zu werden, ohne direkt am Konflikt beteiligt zu sein.

In solchen militärischen Übergriffen, die zur einseitigen oder wechselseitigen Besetzung österreichischer Hoheitsgebiete führen würden, wird die wahrscheinlichste Form der Bedrohung gesehen.

Eine zweite Bedrohungsvariante geht davon aus, daß Österreich Ziel "einer Aggression von Großstaatverbänden" darstellen kann. Ein auf diese Weise zu erwartendes Zusammentreffen von Streitkräften zweier Seiten auf österreichischem Hoheitsgebiet "könnte Österreich zwingen, auf die freiwillig erklärte Neutralität zu verzichten und Partei zu ergreifen".

Schließlich wird als dritte Bedrohungsvariante ein "Lokalangriff" auf Österreich für möglich gehalten, in dem es das direkte Ziel des Angriffs eines Nachbarn darstellt und gegen den es sich allein verteidigen muß. In einem solchen Fall wird das Ersuchen um Unterstützung der österreichischen Verteidigungsanstrengungen durch eine "Schutzmacht" für möglich gehalten.

Das Territorium und die Streitkräfte Österreichs werden hinsichtlich der Führung von Verteidigungshandlungen wie folgt beurteilt:

Der Zentralraum einschließlich der Bundesländer Tirol und Vorarlberg wird durch seinen alpinen Hochgebirgscharakter als relativ leicht zu verteidigen betrachtet. Österreichs Hügelregionen und Ebenen werden als panzergünstiges Gelände angesehen. In diesen Gebieten könnten die österreichischen Streitkräfte gegenüber starken Angriffen nur hinhaltende und verzögernde Kampfhandlungen führen. Selbst die Flüsse in diesen Räumen, einschließlich der Donau, werden als "sehr begrenzte

Hindernisse" betrachtet. Insgesamt hält man eine stabile Abwehr hier für unmöglich und spricht davon, daß diese Räume lediglich "vorübergehend gedeckt" werden könnten.

Die gegenwärtige Verteidigungskonzeption sieht bereits in Krisensituationen für die Gebiete in der Nähe der Staatsgrenze die "vorsorgliche Sicherung" vor. Dabei soll durch die "Demonstration eines entschlossenen Abwehrwillens", der sich gegen jeden Angreifer richtet, der mit militärischer Gewalt, gleich mit welcher Zielstellung, auf Österreichs Territorium vorzudringen gedenkt.

Es darf dabei keine an einem Konflikt beteiligte Seite Grund zu der Annahme erhalten, die österreichischen Streitkräfte würden zu ihrem Gunsten militärische Mittel bereitstellen.

Als besonders erschwert wird die Luftraumüberwachung und der Einsatz von Luftstreitkräften beurteilt. Die Funkmeßbeobachtung wird durch viele Geländeschatten beeinträchtigt und zeitweilig ungünstige meteorologische Bedingungen können wesentliche Einschränkungen im Einsatz der Fliegerkräfte hervorrufen.

Das im Staatsvertrag enthaltene Verbot des Besitzes von Luft-Luft- und Boden-Luft-Raketen wird als Hemmnis einer wirksamen Luftverteidigung eingeschätzt.

Die österreichischen Ansichten über zweckmäßige Organisationsformen für die Streitkräfte und die Landesverteidigung sind noch nicht vollständig ausgereift, deuten jedoch in bestimmten Umrissen die Entwicklungsrichtung an.

Den Ausgangspunkt ihrer Überlegungen bilden die Bestimmungen des Staatsvertrages von 1955, des Bundesverfassungsgesetzes, die erläuternden Bemerkungen zum Entwurf des Wehrgesetzes und das erklärte politische Ziel, die Sicherung der Neutralität Österreichs.

Dabei bedeutet die Neutralität, so wird betont, nicht nur ein Privileg, "sondern auch die Verpflichtung, ihr Respekt zu verschaffen und sie notfalls gegen einen Angreifer auch zu verteidigen". Es kommt darauf an, "schon im Frieden die politischen, militärischen, wirtschaftlichen und geistigen Kräfte Österreichs im Sinne einer "totalen Landesverteidigung" zu vereinen und auf das militärische Vorhaben auszurichten, um nicht Opfer einer Polizeiaktion zu werden".

Entsprechend den Studien des Bundesministeriums für Landesverteidigung wird für eine wirksame "Sofortsicherung" des Bundesgebietes und als eine Voraussetzung für die Mobilmachung und Aufstellung eines Reserveheeres ein Personalbedarf von minimal 30 000 bis 40 000 Mann aktiver Bestand des Bundesheeres angegeben. Für die diesbezüglichen Berechnungen wurden zu sichernde Abschnitte von ca. 300 km Länge zugrunde gelegt, die bei den verschiedenen Bedrohungsvarianten entstehen könnten. Diese aktiven Kräfte müssten allerdings sowohl in den panzergängigen Gebieten wie auch im Hochgebirge kämpfen können und dem prinzipiellen Charakter von Verteidigungs- bzw. Sicherungshandlungen entsprechen.

Es existieren Vorstellungen über zu schaffende Einheiten nach der Art von "Jägertruppen", die eine Umstrukturierung der gegenwärtigen Verbände und Einheiten bedingen.

Während für die "Sofortsicherung" als eine Form der Abwehr vorwiegend aktive Heeresteile vorgesehen sind, wird für weitere Abwehrformen wie den "Flächenschutz" und die "Territorialverteidigung" die Mobilmachung eines Reserveheeres in Stärke von ca. 300 000 Mann für erforderlich gehalten. Diesen Berechnungen liegt eine Begrenzung des Raumes der Verteidigungsanstrengungen und eine Ausrichtung der Handlungen auf den "hinhaltenden Widerstand" zugrunde.

Insgesamt basieren alle Ansichten auf der prinzipiellen Organisation des Bundesheeres, auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht und eines ständig feldverwendungsfähigen Aktivteils, der zugleich im Sinne eines Kaderheeres als Mobilmachungsbasis dient.

Die derzeitige Wehrdienstzeit von 9 bis 16 Monaten stellt nach ihren Auffassungen die "untere Grenze des Vertretbaren" dar, womit eine etwaige Verkürzung abgelehnt wird. Das Bundesministerium für Landesverteidigung richtet vielmehr größere Aufmerksamkeit auf die Weiterentwicklung des Kaderheeres und auf die Möglichkeiten seiner Auffüllung in den vorgesehenen Größenordnungen. Es betrachtet die gegenwärtige Wehrpflicht als Mittel zur Errichtung und Erhaltung einer Mobilmachungsbasis und sieht beispielsweise in diesem Bereich eine Schwäche der Schweizer Wehrorganisation.

Für das System der Luftraumüberwachung wird der Einsatz von fast ausschließlich aktiven Kräften empfohlen. Eine sofortige Übernahme der jetzigen zahlreichen zivilen Spezialisten in den aktiven Heeresdienst soll bereits vorgesehen sein (z. B. Großraum-Funkmeßstation Kolomansberg.)

Der Stand und die Intensität der Behandlung von Fragen der militärischen Landesverteidigung lassen u.E. darauf schließen, daß diese Bemühungen einem baldigen Abschluß zugeführt werden sollen und Österreich eine Erhöhung der Qualität seiner Landesverteidigung in naher Zukunft beabsichtigt.